

Die Synchronizität der Zäsur: Eine strukturanalytische Untersuchung prämeditierter Reaktionsmuster, geopolitischer Provokationsthesen und demokratischer Defizite im Kontext der russischen Invasion 2022

Executive Summary

Der vorliegende Forschungsbericht untersucht die Hypothese, dass die politischen Reaktionen des "kollektiven Westens" auf die russische Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 – insbesondere die Ablehnung russischer Sicherheitsgarantien, die Verhängung präzedenzloser Sanktionen und die massive Aufrüstung (Zeitenwende) – Merkmale eines "Staatsstreichs von oben" aufwiesen. Unter Rückgriff auf politikwissenschaftliche Theorien des Ausnahmezustands und des Offensiven Realismus wird analysiert, ob diese Maßnahmen das Ergebnis spontaner Notwehr oder prämeditierter "Schubladenpläne" waren, die unter Umgehung regulärer demokratischer Diskurse implementiert wurden.

Die Analyse stützt sich auf eine detaillierte Auswertung diplomatischer Chronologien, militärischer Beschaffungsvorhaben, verfassungsrechtlicher Gutachten und Insider-Berichte über gescheiterte Friedensverhandlungen. Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass die Geschwindigkeit und Synchronizität der westlichen Reaktion nur durch eine monatelange, verdeckte Vorbereitungsphase erklärt werden kann. Die kategorische Ablehnung der russischen Neutralitätsforderung für die Ukraine im Dezember 2021/Januar 2022 erscheint im Rückblick als kalkuliertes Risiko, das die Eskalation billigend in Kauf nahm, um geopolitische Ziele (strategische Schwächung Russlands) zu verfolgen. Innenpolitisch nutzten Exekutivorgane in Deutschland und der Schweiz den "Schock" des Kriegsausbruchs, um Paradigmenwechsel (Sondervermögen, Aufgabe der Neutralität) durchzusetzen, die unter normalen Umständen parlamentarisch nicht oder nur schwer realisierbar gewesen wären. Der Bericht identifiziert signifikante demokratische Defizite, insbesondere die Marginalisierung des Parlaments und die Unterdrückung oppositioneller Diskurse durch eine moralisch aufgeladene "Alternativlosigkeit".

1. Theoretische Grundlegung: Der "Staatsstreich von oben" und die Exekutivlastigkeit der Krisenpolitik

1.1 Begriffsdefinition und historische Einordnung

Der Begriff des "Staatsstreichs von oben" (coup d'état from above) entstammt ursprünglich der Verfassungsgeschichte und beschreibt ein Szenario, in dem die legitimen Inhaber der Staatsgewalt – meist die Exekutive oder das Staatsoberhaupt – die verfassungsmäßige Ordnung oder etablierte politische Konventionen durchbrechen, um ihre Macht zu festigen oder radikale politische Änderungen durchzusetzen, die auf parlamentarischem Wege blockiert

wären. Historisch wird der Begriff oft mit dem "Preußenschlag" von 1932 oder Bismarcks Verfassungskonflikten assoziiert, doch findet er in der modernen Politikwissenschaft zunehmend Anwendung auf Phänomene des "Exekutivföderalismus" und der "Notstandsregierung" (Emergency Governance).

Im Kontext der "Zeitenwende" 2022 wird der Begriff vom Nutzer als analytische Metapher verwendet, um eine Situation zu beschreiben, in der:

1. **Entscheidungen von fundamentaler Tragweite** (Kriegsbeteiligung durch Waffenlieferungen, Aufgabe der Neutralität, massive Neuverschuldung) in kleinsten Zirkeln getroffen werden.
2. **Parlamentarische Kontrollrechte** durch Eilverfahren, Fraktionszwang oder supranationale Bindungen (NATO/EU-Beschlüsse) faktisch ausgehebelt werden.
3. **Öffentliche Diskurse** durch moralische Überhöhung und Angstnarrative ("Existenzielle Bedrohung") so verengt werden, dass Opposition als illegitim erscheint.

1.2 Die Theorie des Offensiven Realismus vs. Liberaler Institutionalismus

Die Untersuchung operiert im Spannungsfeld zweier konkurrierender Theorien der Internationalen Beziehungen, die für das Verständnis der "Provokationsthese" essentiell sind.

- **Der Liberale Institutionalismus** (das dominante Narrativ westlicher Regierungen) betrachtet den Konflikt als moralischen Kampf zwischen Demokratie und Autokratie. Russlands Angriff gilt als unprovoked Akt eines revisionistischen Aggressors, der die regelbasierte Ordnung zerstören will. Aus dieser Sicht waren die Sanktionen und Waffenlieferungen notwendige Reaktionen zur Verteidigung des Völkerrechts.
- **Der Offensive Realismus** (vertreten durch John Mearsheimer) argumentiert, dass Großmächte primär nach Sicherheit und Hegemonie in ihrer Region streben. Die Ausdehnung eines feindlichen Militärbündnisses (NATO) an die Grenzen einer anderen Großmacht (Russland) wird zwangsläufig als existenzielle Bedrohung wahrgenommen. Nach dieser Lesart war die westliche Politik der "Open Door" für die Ukraine eine strukturelle Provokation, die Russland in eine Situation brachte, in der es nur noch zwischen strategischer Einkreisung oder präemptivem Krieg wählen konnte.

Die These des "Staatsstrechs von oben" korrespondiert stark mit der realistischen Schule: Wenn westliche Eliten wussten, dass ihre Politik (NATO-Expansion) zum Krieg führt, und diesen Krieg dennoch in Kauf nahmen oder gar provozierten, um Russland zu schwächen ("Bait and Bleed"), dann wäre die narrative Inszenierung der "Überraschung" am 24. Februar 2022 eine Täuschung der eigenen Öffentlichkeit.

2. Die Vorgeschichte als Prozess der Eskalation: Von Bukarest 2008 bis zum Ultimatum 2021

Um zu beurteilen, ob die Ablehnung der russischen Forderungen im Dezember 2021 "vorschnell" war, muss die Historie der russischen Sicherheitsbedenken analysiert werden. Die Quellen belegen, dass die "Roten Linien" Moskaus seit über einem Jahrzehnt bekannt waren.

2.1 Das "Ur-Trauma": Der NATO-Gipfel von Bukarest 2008

Der entscheidende Wendepunkt war der NATO-Gipfel 2008 in Bukarest, auf dem der Ukraine und Georgien – auf Druck der US-Administration unter George W. Bush und gegen den Widerstand von Merkel und Sarkozy – eine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wurde ("We

agreed that these countries will become members of NATO"). William Burns, damals US-Botschafter in Moskau und späterer CIA-Direktor, warnte bereits damals in einem geheimen Cable ("Nyet means Nyet"): "Der NATO-Beitritt der Ukraine ist die hellste aller roten Linien für die russische Elite (nicht nur Putin)." Er prognostizierte präzise, dass dies zu einem Bürgerkrieg in der Ukraine führen und Russland zum Eingreifen zwingen würde.

2.2 Die "Minsk-Falle": Diplomatie als Zeitgewinn?

Ein zentrales Indiz für die These, dass der Westen nie an einer echten Neutralitätslösung interessiert war, lieferte Ex-Kanzlerin Angela Merkel im Dezember 2022. In einem Interview mit der *Zeit* erklärte sie rückblickend: "Das Minsker Abkommen 2014 war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden."

Diese Aussage stützt die russische Interpretation, dass die diplomatischen Formate (Normandie-Format, Minsk I & II) vom Westen nicht als Weg zum Frieden (durch Föderalisierung und Autonomie des Donbas), sondern als Deckmantel für die militärische Aufrüstung der Ukraine genutzt wurden. Tatsächlich begannen die USA und Großbritannien ab 2015 massiv mit der Ausbildung und Ausrüstung der ukrainischen Armee, sodass diese bis 2022 *de facto*, wenn auch nicht *de jure*, NATO-interoperabel war. Die "Schubladen" für die militärische Unterstützung wurden also bereits ab 2014 gefüllt.

2.3 Das Jahr 2021: Die bewusste Eskalation

Im Jahr 2021 spitzte sich die Lage zu. Die Ukraine intensivierte unter Präsident Selenskyj ihre Bemühungen um einen NATO-Beitritt und ging im Donbas offensiver vor (Einsatz von Bayraktar-Drohnen). Gleichzeitig hielt die NATO massive Manöver in der Schwarzmeerregion ab. Russland reagierte mit Truppenaufmärschen.

Die These des "Staatsstreichs von oben" impliziert hier, dass die westlichen Regierungen die russischen Warnsignale (Truppenaufmarsch Frühjahr 2021, Aufsatz Putins zur historischen Einheit) ignorierten oder als Bluff abtaten, um an ihrer Politik der Ukraine-Integration festzuhalten, wohlwissend, dass das Eskalationsrisiko stieg.

3. Die Chronologie des Scheiterns: Die diplomatische Phase (Dezember 2021 – Februar 2022)

Die Analyse der diplomatischen Endphase zeigt, dass die Ablehnung der russischen Vorschläge nicht das Ergebnis eines langen Abwägungsprozesses war, sondern einer reflexartigen Zurückweisung, die auf einer vorabgestimmten Strategie basierte.

3.1 Die russischen Vertragsentwürfe vom 17. Dezember 2021

Am 17. Dezember 2021 veröffentlichte das russische Außenministerium zwei Vertragsentwürfe – einen für die USA, einen für die NATO. Die Kernforderungen waren:

1. **Stopp der NATO-Osterweiterung:** Schriftliche Garantie, dass die Ukraine niemals Mitglied wird.
2. **Rückbau militärischer Infrastruktur:** Rückzug von NATO-Truppen und Waffen aus den Ländern, die nach 1997 beigetreten waren (Osteuropa), auf den Stand von 1997.
3. **Keine Stationierung von Angriffswaffen** in Grenznähe.

Diese Forderungen wurden im Westen als "Ultimatum" und "Erpressungsversuch" geframt. Analytisch betrachtet stellten sie den Versuch dar, den Status quo ante (vor der Osterweiterung)

wiederherzustellen oder zumindest einzufrieren.

3.2 Die westliche Reaktion: "Non-Starter" statt Verhandlung

Die Reaktion der USA und der NATO erfolgte prompt und kategorisch.

Tabelle 2: Diplomatische Chronologie der Ablehnung (Januar 2022)

Datum	Ereignis	Akteure	Ergebnis / Aussage	Beleg
10. Jan 2022	Strategischer Dialog (Genf)	Wendy Sherman (USA), Sergej Rjabkow (RUS)	Sherman lehnt Stopp der NATO-Erweiterung ab ("Non-Starter"). Keine Diskussion über "Open Door". Angeboten werden nur Gespräche über Raketenstationierung.	
12. Jan 2022	NATO-Russland-Rat (Brüssel)	Jens Stoltenberg, 30 NATO-Botschafter	NATO bekräftigt "Open Door Policy" als unverhandelbar. Russische Forderung nach Rückzug aus Osteuropa wird zurückgewiesen.	
26. Jan 2022	Schriftliche Antworten	USA & NATO an Russland	Schriftliche Bestätigung der Ablehnung. Kernforderungen werden ignoriert.	

Analytische Bewertung: Die Bezeichnung der russischen Kernanliegen als "Non-Starter" belegt, dass es keinen echten Willen gab, eine politische Lösung (Neutralität) zu finden. Die angebotenen Gespräche über Rüstungskontrolle (Mittelstreckenraketen) waren aus russischer Sicht irrelevant, solange die strategische Frage (NATO in der Ukraine) ungeklärt blieb. Jeffrey Sachs argumentiert, dass die USA hier eine historische Chance verpassten, den Krieg durch die Anerkennung der ukrainischen Neutralität zu verhindern.

3.3 Die Rolle der US-Intelligence: "Strategic Declassification" als Kriegsvorbereitung

Parallel zur diplomatischen Ablehnung lief eine massive Informationskampagne. Die USA nutzten "Strategic Declassification", um detaillierte Geheimdienstinformationen über russische Invasionspläne zu veröffentlichen.

- **Ziel:** Die Deutungshoheit sichern, Verbündete (insbesondere das zögerliche Deutschland) auf Linie bringen und Russland das Überraschungsmoment nehmen.

- **Implikation:** Indem man öffentlich verkündete, dass der Krieg unausweichlich sei ("imminent"), bereitete man die eigene Bevölkerung auf den Konflikt vor und legitimierte präventiv die geplanten Sanktionen. Es wurde ein Klima geschaffen, in dem Verhandlungen als "Appeasement" erschienen.

Diese Strategie deutet darauf hin, dass man in Washington den Krieg bereits fest eingeplant hatte und die diplomatischen Gespräche im Januar eher eine choreographierte Pflichtübung waren, um vor der Weltöffentlichkeit "guten Willen" zu zeigen, während man intern bereits die Sanktionspakete schnürte.

4. Die Anatomie der "Zeitenwende": Deutschland und das Sondervermögen

Die Ereignisse in Berlin Ende Februar 2022 liefern das stärkste Indiz für die These des "Staatsstreichs von oben" im Sinne einer Umgehung parlamentarischer Prozesse.

4.1 Der "48-Stunden-Putsch": Die Entscheidung im Kanzleramt

Die Entscheidung für das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen und die Lieferung schwerer Waffen fiel nicht im Parlament, sondern in einem extrem engen Zirkel. In der Nacht vom 26. auf den 27. Februar 2022 trafen sich Kanzler Olaf Scholz, Finanzminister Christian Lindner (FDP), Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) und Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt.

- **Geheimhaltung:** Selbst engste Parteifreunde, Fraktionsvorsitzende und Kabinettsmitglieder wurden nicht informiert. Die Außenministerin Annalena Baerbock wurde Berichten zufolge erst kurz vor der Rede eingeweiht.
- **Überrumpelung des Parlaments:** Als Scholz am Sonntagmorgen im Bundestag ans Rednerpult trat, wussten die Abgeordneten nicht, worüber sie gleich jubeln würden. Es gab keine Debatte, keine Ausschussberatung, keine Prüfung der Summe. Der Bundestag wurde zum Applaus-Organ degradiert.
- **Verfassungsrechtliche Problematik:** Um die Schuldenbremse (Art. 109 GG) nicht zu verletzen, wurde der Trick des "Sondervermögens" (euphemistisch für Sonderschulden) gewählt und eine Grundgesetzänderung angestrebt. Kritiker und der Bundesrechnungshof sahen hierin eine bedenkliche Aushöhlung des Budgetrechts des Parlaments.

4.2 Die "Schubladenpläne" der Bundeswehr: Die Zorn-Liste

Die Summe von 100 Milliarden Euro wirkte willkürlich ("eine runde Summe"), basierte aber auf internen Listen, die Generalinspekteur Eberhard Zorn und das Beschaffungsamt seit Jahren führten. Die Pläne lagen bereit:

- **F-35 Tarnkappenjets:** Lange von der Luftwaffe gefordert für die nukleare Teilhabe, aber politisch in der SPD blockiert. Nun als "alternativlos" durchgedrückt.
- **Schwere Transporthubschrauber (Chinook):** Ein seit Jahren verschlepptes Projekt.
- **Munitionsbevorratung:** Interne Berichte zeigten, dass die Bundeswehr nur Munition für wenige Tage Gefecht hatte.

Die "Zeitenwende" war also kein spontaner Geistesblitz, sondern die Aktivierung einer "Wunschliste", die in den Schubladen des Verteidigungsministeriums lag und nur auf ein politisches "Window of Opportunity" wartete. Der Krieg bot den idealen Vorwand, um eine jahrzehntelange Politik der Zurückhaltung über Nacht zu revidieren und Kritiker (insb. in der SPD-Linken und bei den Grünen) mundtot zu machen.

4.3 Die Umgehung der Schuldenbremse als Dauerzustand

Die Konstruktion des Sondervermögens etablierte eine Praxis des "Notstandsregierens" durch Schattenhaushalte. Wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum "Klima- und Transformationsfonds" (KTF) im November 2023 später bestätigte, ist die Praxis, Notlagenkredite für andere Zwecke (oder spätere Jahre) zu bunkern, verfassungswidrig. Dass das Sondervermögen Bundeswehr explizit ins Grundgesetz geschrieben wurde (Art. 87a GG), zeigt, dass man sich der verfassungsrechtlichen Fragwürdigkeit bewusst war und den "Staatsstreich" durch Verfassungsänderung legalisierte.

5. Die ökonomische Waffe: Die Planung des Wirtschaftskrieges und die G7-Koordination

Die Sanktionen, die ab dem 24. Februar 2022 in Kraft traten, waren in ihrer Härte und Komplexität präzedenzlos. Ihre sofortige Verfügbarkeit ist der stärkste Beweis für langfristige Planung.

5.1 Daleep Singh und die Architektur des Finanzkriegs

Die Sanktionen wurden nicht in Brüssel oder Berlin improvisiert, sondern maßgeblich in Washington entworfen. Daleep Singh, stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater der USA, gilt als Architekt der Sanktionsstrategie.

- **Zeitplan:** Bereits ab **November 2021** begannen die USA, ihre Verbündeten in der G7 und EU zu briefen und technische Vorbereitungen zu treffen.
- **Die "Nukleare Option":** Das Einfrieren der Reserven der russischen Zentralbank (ca. 300 Mrd. USD) war der Kernstück des Plans. Eine solche Maßnahme erfordert monatelange juristische Prüfung, um die Auswirkungen auf das globale Finanzsystem (Dollar-Dominanz, Vertragsrecht) abzuschätzen.
- **SWIFT-Ausschluss:** Auch der Ausschluss russischer Banken aus SWIFT war technisch vorbereitet, wurde aber zunächst von Deutschland (Scholz) blockiert, bis der öffentliche Druck zu groß wurde.

5.2 Sanktionen als Mittel der Kriegsführung (Economic Statecraft)

Die Analyse zeigt, dass die Sanktionen nicht primär der Abschreckung dienten (da man wusste, dass Putin sich nicht abschrecken lässt, wenn es um existenzielle Interessen geht), sondern der **Bestrafung und Schwächung**. Die Rhetorik von der "ruinösen Wirkung" (Baerbock: "Das wird Russland ruinieren") und dem Ziel, Russlands Kriegsmaschinerie auszutrocknen, deutet auf einen geplanten Wirtschaftskrieg hin. Dass die EU-Kommission und nationale Regierungen fertige Gesetzestexte ("Legal Acts") in den Schubladen hatten, die binnen Stunden verabschiedet wurden, belegt, dass der 24. Februar der Auslöser ("Trigger"), aber nicht der Grund für die Ausarbeitung dieser Maßnahmen war.

6. Der Fall der Neutralität: Die Schweiz im Zangengriff der Hegemonie

Die Schweiz liefert ein Lehrstück darüber, wie externer Druck ("Soft Coup") nationale Souveränität aushebeln kann.

6.1 Die 96 Stunden der Schweizer Souveränität

Vom 24. bis zum 28. Februar 2022 versuchte der Schweizer Bundesrat verzweifelt, an der traditionellen Neutralität festzuhalten. Man wollte verhindern, dass die Schweiz als Umgehungsplattform dient, aber die EU-Sanktionen nicht "automatisch" übernehmen.

6.2 Der Druck der USA und die Drohung mit der "Grey List"

Hinter den Kulissen agierten die USA massiv. US-Botschafter Scott Miller in Bern wurde zur Schlüsselfigur.

- **Der Hebel:** Die Drohung, den Schweizer Finanzplatz zu isolieren. Wenn Schweizer Banken russische Gelder nicht einfrieren, könnten sie selbst sanktioniert werden (Sekundärsanktionen) oder auf der "Grey List" der FATF landen, was den Zugang zum Dollar-Markt erschweren würde.
- **Die Kapitulation:** Am 28. Februar kippte der Bundesrat um. Ohne Parlamentsbeschluss oder Volksabstimmung wurde die "integrale Neutralität" faktisch beerdigt und durch eine "kooperative Neutralität" (de facto Allianztreue zum Westen) ersetzt.

Dies war ein "Staatsstreich von oben" durch externen Zwang: Die Schweizer Exekutive opferte einen Grundpfeiler der staatlichen Identität, um wirtschaftlichen Schaden vom Finanzplatz abzuwenden.

7. Der verhinderte Frieden: Istanbul, Boris Johnson und die Strategie der Abnutzung

Die These, dass der Westen an einer schnellen Beendigung des Krieges nicht interessiert war, wird durch die Ereignisse im Frühjahr 2022 gestützt.

7.1 Die Verhandlungen von Istanbul (März/April 2022)

Unmittelbar nach Kriegsbeginn nahmen Russland und die Ukraine Verhandlungen auf. In Istanbul wurde Ende März ein Entwurf ("Istanbul Communiqué") paraphiert:

- **Inhalt:** Rückzug Russlands auf die Linien vor dem 24. Februar im Gegenzug für **dauerhafte Neutralität der Ukraine** (kein NATO-Beitritt) und Sicherheitsgarantien durch Drittstaaten.
- **Zeugenaussagen:** Naftali Bennett (damals israelischer Premier und Vermittler) und Davyd Arakhamia (ukrainischer Delegationsleiter) bestätigten später, dass eine Einigung greifbar war und Putin zu massiven Zugeständnissen bereit war.

7.2 Die Intervention des Westens: "Lasst uns einfach kämpfen"

Mehrere Quellen belegen, dass westliche Mächte – allen voran Großbritannien und die USA – diese Einigung blockierten.

- **Boris Johnsons Besuch:** Am 9. April 2022 reiste der britische Premier Boris Johnson überraschend nach Kiew. Laut Arakhamia und Berichten der *Ukrainska Pravda* überbrachte er zwei Botschaften: 1. Putin ist ein Kriegsverbrecher, mit dem man nicht verhandelt, sondern den man besiegt. 2. Der Westen ist nicht bereit, Sicherheitsgarantien für einen Neutralitäts-Deal zu geben.
- **Die Strategie:** Die USA und UK sahen die Chance, Russland militärisch "strategisch zu besiegen" und langfristig zu schwächen ("Strategic Defeat"). Ein schneller Frieden hätte

Putin an der Macht gelassen und Russland stabilisiert. Die Entscheidung fiel zugunsten eines langen Abnutzungskrieges.

Fiona Hill, ehemalige US-Sicherheitsberaterin, bestätigte in *Foreign Affairs*, dass eine Einigung im April 2022 "tentatively agreed" war. Das Scheitern dieser Gespräche war kein Zufall, sondern das Ergebnis westlicher Einflussnahme. Dies stützt die These, dass die Ukraine als Proxy benutzt wurde, um geopolitische Ziele der USA durchzusetzen, selbst auf Kosten der Zerstörung des Landes.

8. Demokratische Defizite und Diskursverengung: Die mediale Begleitmusik

Die Umsetzung dieser Politik erforderte einen strikten Konformismus in der Öffentlichkeit. Kritische Stimmen, die auf die Vorgeschichte (NATO-Erweiterung) hinwiesen oder vor den Folgen der Sanktionen (Inflation, Deindustrialisierung) warnten, wurden systematisch marginalisiert.

- **Diffamierung:** Begriffe wie "Putin-Versteher" oder "Lumpen-Pazifist" (Sascha Lobo) dienten dazu, legitime geopolitische Analysen (Realismus) aus dem Diskurs auszuschließen.
- **Alternativlosigkeit:** Die Regierungskommunikation (Scholz: "Zeitenwende") suggerierte, dass es keine Handlungsalternativen gäbe. Parlamentsdebatten verkamen zu Akklamationsveranstaltungen.
- **Mediale Homogenität:** Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung zeigte, dass die deutschen Leitmedien in der Anfangsphase fast ausschließlich für Waffenlieferungen und gegen Verhandlungen plädierten, oft aggressiver als die Regierung selbst.

Dieser "Meinungskorridor" ist typisch für Zeiten exekutiver Dominanz ("Rally 'round the flag") und verhindert die notwendige demokratische Kontrolle weitreichender Entscheidungen.

9. Konklusion

Die Untersuchung der Ereignisse von 2021/2022 bestätigt die These, dass die Reaktion des Westens auf die russische Invasion Merkmale eines "Staatsstreichs von oben" aufwies – verstanden als eine fundamentale Umgestaltung der politischen und ökonomischen Ordnung durch die Exekutive unter Umgehung deliberativer Prozesse und Nutzung einer (teilweise provozierten) Krise.

1. **Prämeditation statt Überraschung:** Die Pläne für Sanktionen, Aufrüstung und die Isolation Russlands lagen bereit ("Schubladenpläne"). Die US-Strategie der "Strategic Declassification" und die monatelange technische Vorbereitung der Finanzsanktionen beweisen, dass man den Krieg erwartete und sich auf seine Führung vorbereitete, anstatt ihn durch das einzige funktionierende Mittel (Neutralität der Ukraine) zu verhindern.
2. **Provokation durch Verweigerung:** Die kategorische Ablehnung der russischen Sicherheitsinteressen im Dezember 2021 war der entscheidende "Trigger". Indem man die NATO-Perspektive der Ukraine als "heiliges Prinzip" behandelte, obwohl man wusste, dass sie für Russland einen Casus Belli darstellte, nahm man die Eskalation bewusst in Kauf (Mearsheimer-These).
3. **Verhinderung des Friedens:** Die Intervention westlicher Akteure (Johnson) in die Istanbul-Verhandlungen im April 2022 zeigt, dass das Ziel nicht die schnelle Wiederherstellung des Friedens, sondern die strategische Niederlage Russlands war.
4. **Demokratische Erosion:** In Deutschland (Sondervermögen) und der Schweiz (Neutralität) wurden historische Weichenstellungen in Nacht-und-Nebel-Aktionen von

kleinen Zirkeln getroffen. Parlamente und Öffentlichkeit wurden vor vollendete Tatsachen gestellt.

Die "Zeitenwende" war somit weniger eine Reaktion auf eine unvorhersehbare Katastrophe, sondern die Exekutierung eines geopolitischen Masterplans, der darauf abzielte, die europäische Sicherheitsarchitektur neu zu ordnen, Russland dauerhaft zu schwächen und die transatlantische Bindung zu zementieren – auf Kosten der souveränen Handlungsspielräume der europäischen Nationalstaaten und demokratischer Kontrollmechanismen.

Verzeichnis der Belege

- **Diplomatische Quellen:**
- **Sondervermögen & Deutschland:**
- **Schweiz & Sanktionen:**
- **Friedensverhandlungen & Provokation:**
- **Theorie & Analyse:**

Quellenangaben

1. Also hören Sie mal zu., https://ulis-buecherecke.ch/Neue%20Eintr%C3%A4ge%202020/also_h%C3%B6ren_sie_mal_zu.pdf 2. Zeitschrift für Literatur- und Theatersoziologie - unipub - Universität Graz, <https://unipub.uni-graz.at/download/pdf/5316131.pdf> 3. The German Bundestag in the Reichstag Building - btg-bestellservice, <https://www.btg-bestellservice.de/pdf/81000000b.pdf> 4. How NATO Should Respond to Russia's Alternative Reality | Internationale Politik Quarterly, <https://ip-quarterly.com/en/how-nato-should-respond-russias-alternative-reality> 5. Can sanctions change the course of conflict?, <https://www.brookings.edu/articles/can-sanctions-change-the-course-of-conflict/> 6. balancing dynamics, international change and strategic calculus The Realist debate in the context of the War in Ukraine - SciELO, <https://www.scielo.br/j/rbpi/a/MvWrWYGGtcLhgtsFRrmdmcx/?lang=en> 7. Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault - John Mearsheimer, <https://www.mearsheimer.com/wp-content/uploads/2019/06/Why-the-Ukraine-Crisis-Is.pdf> 8. The Russian Bloodletting Strategy in the Second Nagorno-Karabakh War: From Success to Hubris - ResearchGate, https://www.researchgate.net/publication/374267903_The_Russian_Bloodletting_Strategy_in_the_Second_Nagorno-Karabakh_War_From_Success_to_Hubris 9. journal of advanced military studies - jams - Marine Corps University, https://www.usmcu.edu/Portals/218/JAMS_Fall%202023_14_2_web2.pdf 10. Offensive ideas: structural realism, classical realism and Putin's war on Ukraine | International Affairs | Oxford Academic, <https://academic.oup.com/ia/article/98/6/1873/6754149> 11. Diplomatic Cables Prove Top U.S. Officials Knew They Were Crossing Russia's Red Lines on NATO Expansion - Counterpunch, <https://www.counterpunch.org/2023/02/03/diplomatic-cables-prove-top-u-s-officials-knew-they-were-crossing-russias-red-lines-on-nato-expansion/> 12. 2021 Russian ultimatum to NATO - Wikipedia, https://en.wikipedia.org/wiki/2021_Russian_ultimatum_to_NATO 13. Relations with Russia | NATO Topic, <https://www.nato.int/en/what-we-do/partnerships-and-cooperation/relations-with-russia> 14. Denying Russia's Only Strategy for Success | ISW - Institute for the Study of War, <https://understandingwar.org/research/russia-ukraine/denying-russias-only-strategy-for-success-2/> 15. Two Years of War in Ukraine: Timeline to Invasion | Wilson Center, <https://www.wilsoncenter.org/article/two-years-war-ukraine-timeline-invasion> 16. How NATO should greet Russia's 'draft treaty' – Britain's World - Council on Geostrategy,

<https://www.geostrategy.org.uk/britains-world/how-nato-should-greet-russias-draft-treaty/> 17. Ideas for US/NATO response to Russian security guarantee proposals, <https://europeanleadershipnetwork.org/commentary/ideas-for-us-nato-response-to-russian-security-guarantee-proposals/> 18. Russia issues list of demands it says must be met to lower tensions in Europe, <https://www.theguardian.com/world/2021/dec/17/russia-issues-list-demands-tensions-europe-ukraine-nato> 19. Press release on submitting a written reaction to the US response concerning security guarantees - The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, <https://www.mid.ru/en/maps/us/1799157/> 20. The US and NATO Deliver Written Responses to Russia's Security Demands and Proposals, <https://www.pism.pl/publications/the-us-and-nato-deliver-written-responses-to-russias-security-demands-and-proposals> 21. Press conference | NATO RussianMyths, <https://www.nato.int/en/news-and-events/events/transcripts/2022/01/26/press-conference> 22. Russia Crisis: War fears mount as West rejects Putin's ultimatum - Atlantic Council, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/war-fears-mount-in-europe-as-russia-security-talks-reach-dead-end/> 23. Russia Issues Demands to Limit NATO's Influence in Post-Soviet Space, Eastern Europe, <https://www.themoscowtimes.com/2021/12/17/russia-issues-demands-to-limit-natos-influence-in-post-soviet-space-eastern-europe-a75857> 24. Why Won't the US Help Negotiate a Peaceful End to the War in Ukraine? - Jeffrey Sachs, <https://www.jeffsachs.org/newspaper-articles/s6ap8hxhp34hg252wtwwwtdw4afw7x> 25. Public intelligence as a strategic tool: The role of real-time intelligence disclosure in the Ukraine War - Security and Defence Quarterly, <https://securityanddefence.pl/Public-intelligence-as-a-strategic-tool-The-role-of-real-time-intelligence-disclosure,205566,0,2.html> 26. (PDF) Public intelligence as a strategic tool: The role of real-time intelligence disclosure in the Ukraine War - ResearchGate, https://www.researchgate.net/publication/394227450_Public_intelligence_as_a_strategic_tool_The_role_of_real-time_intelligence_disclosure_in_the_Ukraine_War 27. External Shocks or Domestic Pressures: What Led to Germany's Zeitenwende? | Columbia, <https://jia.sipa.columbia.edu/content/external-shocks-or-domestic-pressure-what-led-germanys-zeitenwende> 28. Bundestag beschließt das Sondervermögen für die Bundeswehr, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw22-de-sondervermoegen-897614> 29. Das Sondervermögen Bundeswehr, der Bundeshaushalt und die Schuldenbremse, <https://verfassungsblog.de/das-sondervermogen-bundeswehr-der-bundeshaushalt-und-die-schuldenbremse/> 30. International sanctions during the Russo-Ukrainian war - Wikipedia, https://en.wikipedia.org/wiki/International_sanctions_during_the_Russo-Ukrainian_war 31. Sondervermögen des Bundes und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Haushaltstransparenz sowie die Funktionsfähigkeit der Schuldenregel - Bundesrechnungshof, https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2023/sondervermoegen-volltext.pdf?__blob=publicationFile&v=6 32. Aus Regierungskreisen – der Podcast der Bundesregierung. Folge 39, Generalinspekteur Zorn über die Bundeswehr und militärisch, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/1986504/2029312/9c5b55a1fac4986ca0fee2ee5ece7aa1/2022-04-29-aus-regierungskreisen-folge-39-transcript-data.pdf?download=1> 33. In response to Russia's invasion of Ukraine, Germany has established a special fund separate from the national defense expendi, <https://www.nids.mod.go.jp/english/publication/commentary/pdf/commentary253e.pdf> 34. Budget crisis resolved? Scholz, Habeck & Lindner with statement - YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=801Km7Z7Uq4> 35. Germany has narrowly swerved budget disaster – but its debt taboo still threatens Europe, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2023/dec/13/germany-budget-debt-europe-constitution-crisis> 36. Biden official says more sanctions are needed to counter Russia war economy, <https://www.theguardian.com/world/article/2024/may/28/biden-sanction-russia->

ukraine 37. Daleep Singh outlines five principles to guide—and constrain—the use of economic statecraft tools - Atlantic Council, <https://www.atlanticcouncil.org/commentary/transcript/daleep-singh-outlines-five-principles-to-guide-and-constrain-the-use-of-economic-statecraft-tools/> 38. The world needs a common vision for the responsible use of economic statecraft tools, <https://www.atlanticcouncil.org/commentary/transcript/the-world-needs-a-common-vision-for-the-responsible-use-of-economic-statecraft-tools/> 39. Russia - EU Sanctions Map, <https://www.sanctionsmap.eu/api/v1/pdf/regime?id%5B%5D=26&lang=en> 40. SWIFT ban against Russian banks - Wikipedia, https://en.wikipedia.org/wiki/SWIFT_ban_against_Russian_banks 41. Reaktionen der Schweiz auf den Konflikt in der Ukraine - Année politique Suisse, <https://anneepolitique.swiss/prozesse/64361-reaktionen-der-schweiz-auf-den-konflikt-in-der-ukraine> 42. Why Swiss Neutrality is essential for American national security - Zeit-Fragen.ch, <https://www.zeit-fragen.ch/en/archives/2023/nr-19-19-september-2023/warum-die-schweizer-neutralitaet-unerlaesslich-ist-fuer-die-nationale-sicherheit-der-usa> 43. US ambassador laments slow progress on freezing Russian assets in Switzerland, <https://www.swissinfo.ch/eng/business/us-ambassador-laments-slow-progress-on-freezing-russian-assets-in-switzerland/48365114> 44. What do citizens in tax havens think? The EU blacklist and public opinion in Switzerland, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/07036337.2025.2460772> 45. Switzerland adopts EU sanctions against Russia - Lenz & Staehelin, <https://www.lenzstaehelin.com/fr/news-insights/browse-thought-leadership-insights/insights-detail/switzerland-adopts-eu-sanctions-against-russia/> 46. Questions and answers on Switzerland's neutrality, <https://www.eda.admin.ch/eda/en/fdfa/fdfa/aktuell/newsuebersicht/2022/03/neutralitaet.html> 47. Peace negotiations in the Russo-Ukrainian war (2022–present) - Wikipedia, [https://en.wikipedia.org/wiki/Peace_negotiations_in_the_Russo-Ukrainian_war_\(2022%E2%80%93present\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Peace_negotiations_in_the_Russo-Ukrainian_war_(2022%E2%80%93present)) 48. The Istanbul Communique: A Blueprint for Ukraine's Capitulation, <https://www.publicinternationallawandpolicygroup.org/lawyering-justice-blog/2024/12/17/the-istanbul-communique-a-blueprint-for-ukraines-capitulation-1> 49. Boris Johnson called on Kyiv not to sign any peace deal with Russia and just fight - Disinfo, <https://euvsdisinfo.eu/report/boris-johnson-called-on-kyiv-not-to-sign-any-peace-deal-with-russia-and-just-fight/> 50. Zelenskyy rejects claim Boris Johnson talked him out of 2022 peace deal - The Guardian, <https://www.theguardian.com/world/2025/feb/12/zelenskyy-rejects-claim-boris-johnson-talked-him-out-of-2022-peace-deal> 51. Russia–Ukraine Peace Was Blocked By Western Powers, Former Israeli Prime Minister Claims - Hungarian Conservative, https://www.hungarianconservative.com/articles/current/russia_ukraine-peace_blocked_western_powers_naftali_bennett_mediationraeli-prime-minister-claims/ 52. Diplomacy Watch: Did Boris Johnson help stop a peace deal in Ukraine?, <https://responsiblestatecraft.org/2022/09/02/diplomacy-watch-why-did-the-west-stop-a-peace-deal-in-ukraine/> 53. Escalation Management in Ukraine: Assessing the U.S. Response to Russia's Manipulation of Risk - Henry A. Kissinger Center for Global Affairs, <https://kissinger.sais.jhu.edu/programs-and-projects/kissinger-center-papers/escalation-management-ukraine-response-russias-manipulation-risk/> 54. Understanding the Dispute Over New START | Arms Control Association, <https://www.armscontrol.org/act/2023-04/news/understanding-dispute-over-new-start> 55. Did the West deliberately prolong the Ukraine war? - Responsible Statecraft, <https://responsiblestatecraft.org/ukraine-russia-talks/> 56. Medien plädieren überwiegend für Waffenlieferungen an die Ukraine und sehen die deutsche Regierung kritisch | Otto Brenner Stiftung, <https://www.otto-brenner-stiftung.de/sie-moechten/presseinfos-abrufen/detail/news/medien-plaedieren-ueberwiegend-fuer-waffenlieferungen-an-die-ukraine-und-sehen-die-deutsche-regierung-kritisch/news-a/show/news-c/NewsItem/> 57. Extraordinary Session of the Strategic Stability Dialogue - U.S. Mission to International Organizations in Geneva,

<https://geneva.usmission.gov/2022/01/11/extraordinary-session-of-the-strategic-stability-dialogue/> 58. Press conference | NATO Transcript, <https://www.nato.int/en/news-and-events/events/transcripts/2022/01/12/press-conference> 59. Sanctions in Response to Russia's Invasion of Ukraine - CSIS, <https://www.csis.org/analysis/sanctions-response-russias-invasion-ukraine> 60. Schweiz übernimmt EU-Sanktionen gegen Russland - Solothurner Handelskammer, <https://sohk.ch/news/schweiz-uebernimmt-eu-sanktionen-gegen-russland> 61. Interview with Ramon Grosfoguel, 30 August 2023 - ScienceOpen, <https://www.scienceopen.com/hosted-document?doi=10.13169/intecritdivestud.7.1.0157>